

Wie kann man Eltern überzeugen, ihre Kinder statt aufs Gymnasium auf die Stadtteilschule zu schicken?

Vorschlag:

Zugang zum Gymnasium beschränken!

Kinder dürfen nur noch aufs Gymnasium wechseln, wenn sie einen Notenschnitt von 2,5 oder besser auf dem Zeugnis der vierten Klasse haben und eine Aufnahmeprüfung bestehen.

So sehen das die Lehrgewerkschaften dlh:

Eltern sollten ihre Kinder am besten kennen. Der Elternwille bei der Schulwahl ist deshalb aus gutem Grund gesetzlich verankert und wird von den Lehrgewerkschaften Hamurg dlh nicht in Frage gestellt

Neben dem Notendurchschnitt Ende Klasse 4 gehen in die Schulformempfehlung für die weiterführenden Schulen die erwartete Persönlichkeitsentwicklung, soziale Kompetenzen u.a. ein. Sie ist also aussagekräftiger als der reine Notendurchschnitt.

Eltern ignorieren die Empfehlung für die Stadtteilschule und tendieren zum Gymnasium, weil sie das undifferenzierte Bildungsangebote der Stadtteilschule für ihr Kind nicht für passend halten.

Vorschlag:

Stadtteilschulen abschaffen!

Der Name Stadtteilschule wird abgeschafft, stattdessen gibt es künftig nur noch Schulen mit dem Namen Gymnasium. Unterschieden wird zwischen normalen Gymnasien, die in neun Jahren zum Abitur führen, und Turbo-Gymnasien, die in acht Jahren zum Abitur führen.

So sehen das die Lehrgewerkschaften dlh:

Namenskosmetik und Etikettenschwindel beseitigen keine Probleme. Die Aufgabe der Stadtteilschulen ist nicht, ein „anderes“ Gymnasium zu sein.

Bildungsaufträge für die Stadtteilschulen gibt es genug. Sie sind aber für zu viele Eltern nicht klar genug erkennbar. Und wenn, vermögen sie nicht zu erkennen, ob sie mit der Gesamtschulpädagogik der Binnendifferenzierung umsetzbar sind. Das beeinflusst ihr Wahlverhalten.

Vorschlag:

Eine „Schule für alle“ einführen!

Das Zwei-Säulen-Modell aus Stadtteilschule und Gymnasium wird abgeschafft, künftig gibt es nur noch eine Schulform, die zu allen Abschlüssen führt.

So sehen das die Lehrgewerkschaften dlh:

Das ist ja genau das, was immer mehr Eltern nicht wollen, die ihr Kind am Gymnasium anmelden. Sie wählen die einzige noch verbliebene Möglichkeit zur Differenzierung. Stadtteilschulen müssten ihre Bildungsangebote stärker

diversifizieren und differenzieren und dies öffentlich machen, um dem Trend entgegenzuwirken.

Außerdem wurde dem längeren gemeinsamen Lernen per Volksentscheid eine Absage erteilt und steht deshalb nicht mehr zur Debatte.

Die Abschaffung der Gymnasien würde das Privatschulwesen aufblühen lassen. Daran kann Bildungspolitikern und der Gesellschaft nicht gelegen sein, weil dadurch Bildung zu einem großen Teil dem staatlichen Einfluss entzogen wird.

Vorschlag:

Mehr Stadtteilschulen!

Die Zahl der Stadtteilschulen wird erhöht, die Größe der Schulen dadurch verringert. Vor allem in wohlhabenderen Stadtteilen sollen neue Stadtteilschulen eröffnet werden.

So sehen das die Lehrgewerkschaften dlh:

Die Aussage zur Schulgröße bezieht sich sicher nicht nur auf Stadtteilschulen. Kleine Schulen, an denen jeder jeden kennt, erhöhen die Identifikation, beugen Vandalismus vor, geben ein Gemeinschaftsgefühl...alles Grundlagen für effektives Lernen. Ist unbedingt wünschenswert aber leider auch ziemlich teuer!

Für wohlhabende Stadtteile Sonderregelungen einzuführen, ist unsozial.

Vorschlag:

Äußere Differenzierung an allen Stadtteilschulen!

Stadtteilschulen werden verpflichtet, ab der achten Klasse die Schüler in den Hauptfächern nach Leistungsstand aufzuteilen und abschlussbezogene Klassen einzurichten.

So sehen das die Lehrgewerkschaften dlh:

Verpflichtende Einführung von Leistungsdifferenzierung in allen Fächern geht in die falsche Richtung. Es gibt viele Lerngegenstände und Lernsituationen, die inklusiv und integrativ genutzt werden können. In Bereichen, in denen das nicht leistbar ist, sollten aber differenzierende Angebote gemacht werden. Stadtteilschulen beharren zu oft auf der „reinen Lehre“.

Vorschlag:

Wiedereinführung einer echten Mehrgliedrigkeit!

Stadtteilschulen führen nicht mehr zum Abitur, sondern konzentrieren sich auf den Ersten Schulabschluss (ESA) und den Mittleren Schulabschluss (MSA).

So sehen das die Lehrgewerkschaften dlh:

Dies ist abzulehnen, da die Stadtteilschulen die Option auf G9 offenhalten, die für einen Teil der Schülerschaft unbedingt wichtig ist. Dies abzuschaffen, würde wieder einen Teil der Bildungspluralität vernichten und im Übrigen den Run auf die Gymnasien wahrscheinlich verstärken.

Vorschlag:

Gymnasien müssen Lasten übernehmen!

Gymnasien werden verpflichtet, Kinder mit Förderbedarf aufzunehmen (Inklusion), zudem werden an allen Gymnasien Internationale Vorbereitungsklassen (IVK) für Flüchtlinge eingerichtet.

So sehen das die Lehrgewerkschaften dlh:

Gymnasien nehmen bereits Schüler und Schülerinnen mit Förderbedarf auf, allerdings nur solche, die Aussicht haben, die Bildungsziele und den Abschluss des Gymnasiums zu erreichen.

Gleiches gilt für Schüler mit Migrationshintergrund.

IVK an Gymnasien ist bedenkenswert, kann aber nicht bedeuten, dass alle SuS, die diese Klassen besuchen, anschließen auch am Gymnasium bleiben können.

Vorschlag:

Mehr Lehrer und kleinere Klassen!

Alle Klassen mit förderbedürftigen Kindern werden grundsätzlich von zwei Pädagogen unterrichtet, die Klassengröße an Stadtteilschulen darf 16 Schüler nicht überschreiten.

So sehen das die Lehrgewerkschaften dlh:

Der Begriff „förderbedürftig“ wird zu undifferenziert benutzt. Wenn in einer Klasse SuS mit körperlichen Beeinträchtigungen sind, die dem Unterricht problemlos folgen, können die auch in größeren Klassen unterrichtet werden. Bei Lernbehinderungen und Verhaltensstörungen sind manchmal 16 SuS schon zu viel oder 2 Lehrkräfte zu wenig. Hier muss je nach Sachlage und Aufgabe stärker differenziert werden.

Vorschlag:

Längeres gemeinsames Lernen!

Die Grundschulzeit wird auf sechs Jahre verlängert, erst dann entscheidet sich, welche Kinder aufs Gymnasium und welche auf die Stadtteilschule gehen.

So sehen das die Lehrgewerkschaften dlh:

Dies wurde per Volksentscheid abgelehnt, muss also nicht weiter diskutiert werden.

Vorschlag:

Übergang nach der Grundschule verbessern!

Eltern und Schüler werden beim Übergang von der Grundschule in die weiterführende Schule besser beraten. Grundschullehrer werden verpflichtet, jährlich mindestens eine Woche in einem Gymnasium und einer Stadtteilschule zu hospitieren, um ihre Beratung zu verbessern. Zudem müssen Viertklässler eine Probe-Woche jeweils auf einem Gymnasium und einer Stadtteilschule ihrer Wahl verbringen.

So sehen das die Lehrgewerkschaften dlh:

Wenn es sich organisatorisch und zeitlich umsetzen ließe, wäre dies sicher eine wünschenswerte Fortbildung für Grundschullehrkräfte und eine große

Entscheidungshilfe für die Eltern. Bei der Hektik, die in unserem Bildungssystem herrscht, ist aber zu erwarten, dass wir für so etwas Zukunftsweisendes nicht die Ruhe aufbringen. Kostenargumente würden sicher auch herangezogen.

Vorschlag:

Angebote für Bildungsbürger an Stadtteilschulen!
Stadtteilschulen müssen verpflichtend mindestens zwei Angebote für leistungsstarke Schüler nachweisen, dazu zählen: spezielle Schwerpunkte im Bereich Sprache, Musik, Sport, Kunst oder Naturwissenschaften, sowie spezielle Förderangebote für Hochbegabte. Schulen mit besonderem Profil dürfen im Gegenzug jeden dritten Schüler selbst aussuchen.

So sehen das die Lehrgewerkschaften dlh:

Es geht in dieser Debatte nicht darum, Ansprüche bestimmter Bevölkerungsgruppen zu erfüllen, sondern darum, differenzierende und schülerangepasste Angebote, die sich an den Fähigkeiten und Zielen der SuS orientieren, vorzuhalten.

Vorschlag:

Schüler an allen Schulformen gleich behandeln!
Auch in Stadtteilschulen werden Schüler künftig bereits gefördert, wenn sie auf Niveau der Gymnasialnoten auf eine vier oder fünf rutschen – und nicht erst, wenn sie schon nur noch Hauptschulniveau erreichen.

So sehen das die Lehrgewerkschaften dlh:

Das ist nicht umsetzbar und auch nicht wünschenswert, denn dann müssten 2/3 aller Stadtteilschüler permanent in allen Fächern gefördert werden; Zeit zur freien Verfügung und Entfaltung entfielen für diese SuS völlig.

Vorschlag:

Keine Schulformempfehlung mehr!
Die Gymnasialempfehlung nach der vierten Klasse wird abgeschafft, um eine damit suggerierte Besserstellung der Gymnasien zu vermeiden.

So sehen das die Lehrgewerkschaften dlh:

Eltern suchen mehrheitlich Beratung und Entscheidungshilfen. Würde man diese institutionalisierte Form abschaffen, müsste man andere installieren, wenn die Schulwahl nicht schließlich nur noch aus Gerüchtelagen heraus getroffen werden soll.

Vorschlag:

Eine Imagekampagne für Stadtteilschulen!
Die Stadtteilschule wird mit einer großen Imagekampagne als die freundliche und entspannte Schulform für die Stadt von morgen beworben. Fernsehspots, großflächige Plakatwände und Internetwerbung eingeschlossen.

So sehen das die Lehrgewerkschaften dlh:

Wer kauft schon eine Sache, die er nicht will, nur weil sie beworben wird? Gleiches gilt auch für die Schulwahl.

Mehr Information ist wichtiger.

Vorschlag:

Jedem Schüler nach 10 eine Ausbildung!

Jedem Schüler wird nach der zehnten Klasse ein Platz in einer Berufsausbildung garantiert. Dafür verpflichtet sich die Schule, jeden Schüler auf ein Mindestniveau in Deutsch und Mathe zu bringen.

So sehen das die Lehrgewerkschaften dlh:

Der Vorschlag ist in zweierlei Hinsicht unsinnig:

Lehrstellen werden von Unternehmen vergeben. Darauf hat die Schule gar keinen Einfluss.

Schüler müssen lernen „wollen“. Ist das nicht gegeben (Schulmüdigkeit), kann die Schule auch keine Garantie abgeben.

Vorschlag:

Durchlässigkeit zwischen Schulformen erhöhen!

Den Wechsel zwischen Stadtteilschulen und Gymnasien nach jedem Schuljahr in beide Richtungen möglich machen, um die Entscheidung zum Jahrgang 5 weniger endgültig zu gestalten.

So sehen das die Lehrgewerkschaften dlh:

Dies ist eine unserer gewerkschaftlichen Forderungen.

Vorschlag:

Mehr Zusammenarbeit zwischen Schulen!

Stadtteilschulen, an denen in der fünften Klasse nicht genügend Kinder angemeldet werden, müssen eine Kooperation mit einer überdurchschnittlich angewählten Stadtteilschule oder einem überdurchschnittlich angewählten Gymnasium eingehen.

Die Kooperation kann als Patenschaft mit gegenseitigen Hospitationen, aber auch als Zusammenführung in Form einer Hauptstelle mit Dependance geschehen.

So sehen das die Lehrgewerkschaften dlh:

Gegen sinnvolle Zusammenarbeit von Schulen ist nichts einzuwenden (s. nächste Frage). Verordnete Zusammenarbeit gegen den Willen der Schulen erzeugt Bürokratie und Reibungsverluste, die zu Lasten der SuS gehen.

Vorschlag:

Stadtteilschulen mit Gymnasialzweig fördern!

Stadtteilschulen werden ermutigt und finanziell gefördert, wenn sie an ihrer Schule einen gymnasialen Zweig einführen, der in acht Jahren zum Abitur führt. Zudem werden Kooperationen von Stadtteilschulen und Gymnasien in der Oberstufe begrüßt.

So sehen das die Lehrgewerkschaften dlh:

An G9 an Stadtteilschulen sollte nicht gerüttelt werden, denn es stellt für die Stadtteilschulen ein vorteilhaft wahrgenommenes Alleinstellungsmerkmal dar. Kooperationen zwischen Stadtteilschulen und Gymnasien in der Oberstufe gibt es bereits. Das ist gut möglich, da Bildungspläne und Abschlussarbeiten identisch sind.

Vorschlag:

Kooperation von Grund- und Stadtteilschulen!
Um den Schülern Ortswechsel zu ersparen, wird angestrebt, gemeinsame Standorte für Grund- und Stadtteilschulen zu finden.

So sehen das die Lehrgewerkschaften dlh:

Dies ist uneingeschränkt sinnvoll und wird ja an vielen Stadorten auch praktiziert.

Vorschlag:

Fachlichkeit statt Kompetenz!
Die Bildungspläne werden reformiert und wieder mehr Fachinhalte vorgeschrieben.

So sehen das die Lehrgewerkschaften dlh:

Dies wird von den Lehrgewerkschaften dlh unterstützt. Es sollte doch möglich sein, Fachlernpläne und –inhalte und Kompetenzen in den Bildungsplänen zu haben.

Vorschlag:

Abschulen abschaffen!
Gymnasien müssen alle aufgenommen Schüler behalten und fördern, ein Schulwechsel auf die Stadtteilschule ist nicht möglich.

So sehen das die Lehrgewerkschaften dlh:

Wenn damit gemeint ist, dass alle aufgenommenen SuS dann auch in den Klassen verbleiben, ist es abzulehnen, da dann gymnasiale Bildungsziele nicht mehr erreicht werden können.

Den Gymnasien würde in einem solchen Fall nichts Anderes übrigbleiben, als nicht gymnasiale Extraklassen aufzumachen, die dann sozusagen auf dem Abstellgleis mitliefen.

Ich präferiere dann doch den Wechsel auf die Stadtteilschule.

Vorschlag:

Sitzenbleiben wiedereinführen!
Durch die Wiedereinführung des Sitzenbleibers werden Schulformwechsel vermieden und eine optimale Förderung jedes Kindes an seiner Schulform erreicht.

So sehen das die Lehrgewerkschaften dlh:

Das Sitzenbleiben ist zu Unrecht gesellschaftlich geächtet und aus Kostengründen abgeschafft worden, nicht zum Schutz der Menschenwürde.

Mittlerweile stellen Eltern vermehrt Anträge auf Jahrgangswiederholung, weil sie den Nutzen bei der Entwicklung der Kinder entdecken. Die Schulbehörde entscheidet aber restriktiv.

Schulformwechsel können durch Wiedereinführung dieser Maßnahme wohl nicht vermieden werden.

Vorschlag:

Die schwächsten Stadtteilschulen schließen!

Die 20 am schwächsten angewählten Stadtteilschulen werden geschlossen und mit neuer Leitung und neuem Konzept neu gegründet.

So sehen das die Lehrgewerkschaften dlh:

Das Schließen und Neugründen ist sicher nicht erforderlich. Eine Überarbeitung der Lernkonzepte im Sinne einer klareren Strukturierung und Differenzierung mit für Eltern erkennbaren Bildungszielen wird aber wohl unvermeidlich sein